

AUFRUF

Das Thema Klimaschutz betrifft uns alle. Uns steht ein großer Umbruch bevor. Natürlich gibt es wie bei jedem Umbruch Beharrungskräfte, Widerstände und vor allem viele, viele Fragen: Ist es wirklich nötig, dass wir unsere Lebensweise verändern? Das Thema hat unzählige Facetten, angefangen bei der konkreten Stromrechnung, mit der jeder Mensch in Deutschland den Ausbau der erneuerbaren Energien via EEG-Umlage mitfinanziert. Wie funktioniert der Handel mit Emissionszertifikaten? Dürfen wir kein Fleisch mehr essen? Kaufe ich mir jetzt einen Stromer, oder warte ich, bis die Wasserstofftechnologie so weit ist? Die Unsicherheit ist groß. Welche Fragen treiben Sie in diesem Zusammenhang um? Stellen Sie uns diese Fragen! Lesen Sie dazu auch frblog.de/klimastreik-2 Ihr Bronski



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Bleib dran, Boyan Slat!

Zu: „Abfangjäger für Kunststoff-Müll“, FR-Wirtschaft vom 29. Oktober

Wie gut, dass es junge, engagierte Menschen gibt, die all ihre Energie in solche Projekte stecken! Die Argumente, die als Kritikpunkte benannt sind, haben sicher alle ihre Berechtigung, jedoch ist keines davon geeignet, das Sammelprojekt zu schwächen, denn nur wenn alle denkbaren Hebel gleichzeitig bewegt werden, die Ursachen wie die Folgen gleichzeitig angepackt werden, haben wir eine Chance, unseren Lebensraum noch für eine Weile zu erhalten. Die eine Aktion schließt die andere nicht aus. Ich hoffe, der junge Boyan Slat bleibt dran und findet weiterhin große Unterstützung, das macht Hoffnung.

Brigitte Heinzmann, Frankfurt

Harmlose Begriffe

Zu: „Trauer in Limburg“, FR-Regional vom 30. Oktober

Schon wieder wurde in Limburg eine Frau ermordet, die es gewagt hat, sich von ihrem vermutlich auch früher schon gewalttätigen Partner zu trennen. Lapidar heißt es von der Polizei, das sei wohl eine Beziehungstat gewesen. Familiendrama, Beziehungstat usw. sind viel zu harmlose Begriffe für das Ausmaß an Gewalttätigkeit von Männern verübt an Frauen – die offensichtlich immer noch vielfach als Privatbesitz begriffen werden. Die Tat in Limburg ist einer der vielen Femizide in diesem Land und sollte in der Öffentlichkeit sehr viel ernster genommen werden. Es handelt sich um ein grundsätzliches Problem von Macht- und Herrschaftsansprüchen.

Hannah Erben-Wunder, Hamburg

Subventionen für die Autobauer

Zu: „Geld für E-Autos“, FR-Wirtschaft vom 6. November

Das Wohlergehen unserer Schlüsselindustrie

Nachdem VW sich verstärkt mit der Entwicklung einer Schummelsoftware zum Schönen der Abgaswerte beschäftigt und die Entwicklung innovativer Technik vernachlässigt hat, kommt nun der Steuerzahler zur Hilfe. Der Konzern, der für seinen Betrug inzwischen über 30 Milliarden Euro, vorrangig in den USA gezahlt hat, braucht dringend Unterstützung, zumal die Sammelklage in Deutschland von 60 000 Dieselfahrern noch nicht entschieden ist. Zwar ist der Aktienkurs fast wieder auf dem Stand von Anfang 2015, aber wir Steuerzahler müssen die Nöte der Autoindustrie und Investoren ernst nehmen.

Leider konnte ich noch nicht in Erfahrung bringen, wie viele Milliarden insgesamt an Subventionen (für Ladestationen, Kaufprämien, Batterieforschung und Batterierecycling) geplant sind. Aber ich bin mir sicher, dass das Geld nicht gut investiert ist. Vor allem hilft diese Subvention bei der Erreichung unseres in Paris vereinbarten Klimaziels. Schließlich muss ein kleines E-Auto nur etwa drei Jahre fahren, bevor es die batteriebedingte negative CO₂-Bilanz ausgeglichen hat. Bei einem Tesla Model S sind es acht Jahre. Dass wir noch nicht genügend Ökostrom haben, um die Energie für das Laden der Batterien bereitzustellen, vergessen wir mal, der Strom kommt ja aus der Steckdose.

Die staatliche Unterstützung bringt noch einen weiteren Vorteil mit sich. Die Subvention ermöglicht der Autoindustrie weiterhin das profitable Geschäft mit schweren, übermotorisierten SUV. Da die E-Autos mit Null-Emission in die Berechnung des Flotten-CO₂-Ausstoßes eingehen, wird die Gefahr verringert, dass Milliarden an Strafen für zu hohe CO₂-Flottenwerte gezahlt werden müssen. Jedes verkaufte E-Auto, so Dudenhöfer, „erspart“ dem Unternehmen 11 000 Euro Strafzahlung an die EU. So etwas nennt man eine Win-win-Situation. Die dicken „Brummer“, egal ob mit Strom oder Benzin/Diesel betrieben, dürfen ohnehin gewichtsbedingt mehr CO₂ ausstoßen und fressen mögliche



Es läuft noch nicht richtig in Sachen Elektromobilität.

DPA

CO₂-Einsparungen wieder auf. Aber Hauptsache, unserer Schlüsselindustrie und den Investoren geht es gut.

Dieter Murmann, Dietzenbach

Mit vielen negativen Vorzeichen

Die Anschuldigungen gegen die Beteiligten wegen der Versäumnisse zur Einführung der Elektromobilität seit 2008 berücksichtigen nicht das Positive dieses angeprangerten Versäumnisses. Denn die Elektromobilität, wie sie aus Umweltschonung propagiert wird, ist mit vielen negativen Vorzeichen besetzt. Die Schwachstellen sind die Batterieherstellung, deren Gewicht und die Bereitstellung, nicht nur der Ladestationen, sondern auch deren Energiebeschickung. Diese Faktoren verschlechtern die Energiebilanz derart, dass Skepsis und Ablehnung angesagt sind. Die Rohstoffgewinnung zur Batterieherstellung von Lithium (Wasserverbrauch), Kobalt (Kinderarbeit), Nickel, Graphit und Platin ist mit einem so großen CO₂-Fußabdruck belastet, das eine Konkurrenz zu den Verbrennungsmotoren nicht besteht. Hinzu kommt die unerfüllbare Hoffnung, dass die Stromerzeugung zur Aufladung

der Batterien CO₂-frei erfolgt. Mangelnde Reichweiten, die die Benutzung erschwingerlicher Fahrzeugmodelle auf den Kurzstreckenverkehr beschränkt, hat so große Kaufverhinderungen, dass sich lediglich die sektiererischen Schein-Umwelt-Aposteln diese E-Modelle leisten. Hierzu wird der Garagenbesitzer mit Steckdose, der einer begüterten Bevölkerungsschicht angehört, gegenüber dem notgedrungenen Laternen-Parker übervorteilt.

Die ablehnende Skepsis dieser Motorisierung begründet sich nicht nur mit dem teilweise brutalen Kolonialkapitalismus der Rohstoffgewinnung, sondern auch mit der ungenügenden CO₂-Bilanz der Stromerzeugung, der sozial unausgewogenen Beschaffungspreise und Stellplatzsituation und der nicht konkurrenzfähigen Reichweite. Ein Tempolimit zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes, wie es uns die Schweiz vormacht, eine Transportumschichtung von der Straße auf die Schiene, sind die „heiligen Kühe“ der Verkehrsverantwortlichen, die neuen rabiaten Geschäftsmodellen und der Natur- und Umweltverschandelung den Vorzug geben.

Wulf Schmiedeknecht, Oberursel

Diskussion: frblog.de/subvention

FR ERLEBEN

Stephan Hebel präsentiert sein Buch „Merkel. Bilanz und Erbe einer Kanzlerschaft“. **Donnerstag, 14. November, 19 Uhr, Volkshochschule, Freckenhorster Straße 43, Warendorf**

Bernd Hontschik moderiert die Veranstaltung der Thure- von-Uexküll-Akademie „Freiheit als Unterwerfung – Die neoliberale Zerstörung der Sozialsysteme“ mit Prof. Rainer Mausfeld, Kiel. **Donnerstag, 14. November, 20 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Andreas Schwarzkopf moderiert ein Gespräch über „Visiting the past: Von New York nach Fessenheim“. Der Film zeigt, wie Joan Salomon den Herkunftsort ihrer jüdischen Familie besucht. Darüber diskutieren nach der Filmvorführung die Produzentin Barbara Trottnow und Marc Grünbaum von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. **Montag, 18. November, 19 Uhr Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt.**

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Genuss mit Nebenwirkungen – Wie kaufe ich fair ein?“ Mit Sara Nuru (nuruCoffee), Dirk Heim (Rewe), Franziska Humbert (Oxfam) und Maïke Möllers (GIZ). **Dienstag, 19. November, 18.30 Uhr Museum für Kommunikation Schaumainkai 53, Frankfurt**

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet Ihrer Gesundheit“, das auf seinen FR-Kolumnen beruht. Anschließend Diskussion. **Donnerstag, 21. November, 20 Uhr Buchladen Land in Sicht, Rotteckstr. 13, Frankfurt**

Antiatom-Bewegung wird nicht arbeitslos

Zu: „Urenco will Uran in Russland entsorgen“, FR-Wirtschaft vom 29. Oktober

Das Interview mit Andrej Oschrowski zum Export von gefährlichem, radioaktivem Uran nach Russland offenbart nur eine Seite der dunklen Geschäfte von Urenco. Dieser internationale Atomkonzern, an dem u.a. auch deutsche Energieriesen wie der ebenfalls durch seine Atom- und Braunkohlepolitik im Zwielficht stehende RWE-Konzern beteiligt sind, beliefert z. B. die uralten, belgischen Rissereaktoren Tihange und Doel sowie das französische Atomkraftwerk Cattenom mit neuen Brennstäben und ermöglicht damit deren Weiterbe-

trieb, obwohl sich die deutsche Politik in der Öffentlichkeit gerne besorgt zu Betrieb und Laufzeitverlängerung dieser hochgefährlichen Altanlagen gibt. Darüber hinaus hegt die internationale Organisation der „Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs“ (IPPNW) den mehr als begründeten Verdacht, dass von Urenco in die USA geliefertes, angereichertes Uran dort zur Produktion neuer atomarer Massenvernichtungsmittel verwendet wird.

Wer jetzt aber denkt, dass der sogenannte Atomausstieg diesem Treiben bald ein Ende

setzen wird, muss enttäuscht werden. Auf wunderliche Weise werden die beiden Urenco-Atomfabriken in Lingen und Gronau vom Ausstiegsbeschluss nicht betroffen; der „Ausstieg“ ist somit gar keiner! Zum einen wird sich die Menschheit noch Jahrtausende mit der weiterhin ungeklärten Frage zum Umgang mit tausenden Tonnen strahlenden Atommülls befassen müssen, zum anderen produzieren die Atomfabriken munter weiter. Die Antiatom-Bewegung wird also auch 2023 nicht „arbeitslos“. Bernd Bremen, Aachen